Er will ein Gedenken an alle Opfer

Stele am Wilhadikirchhof soll erweitert werden

Von Björn Vasel

STADE. Seit 2005 wird in Stade 152 Opfern der NS-Gewaltherrschaft im Landkreis Stade mit einer Stele gedacht. Jetzt hat der Lokalhistoriker und Antifaschist Michael Quelle aus Stade weitere 157 Namen von Opfern recherchiert. Auch ihnen müsse angemessen gedacht werden. Die Stadt Stade tut sich damit offenbar schwer.

Quelle setzt sich Jahrzehnten für die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus ein. Quelle fordert, dass die Gedenkstele am Wilhadikirchhof in der Altstadt erweitert wird. Bislang sperrte sich Bürgermeisterin Silvia Nieber (SPD), sie und ihr Beirat favorisierten stattdessen ein Erinnerungsbuch. Doch jetzt will die Bürgermeisterin beides.

Nach umfangreichen Recherchen in Archiven – unter anderem beim Internationalen Suchdienst in Arolsen – hat Michael Quelle mittlerweile 157 weitere Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Landkreis Stade anhand von offiziellen Dokumenten nachweisen können. Bislang stehen lediglich 152 Namen auf der im Jahr 2005 errichteten Stele. Es handelt sich überwiegend um ausländische Zwangsarbeiter und ihre Kinder – umgekommen oder ermordet in den Kleinkinderbetreuungsstätten für Fremdvölkische oder im Konzentrationslager – und um Opfer der Euthanasie. Erinnert wird auch an Menschen, die aus religiösen oder politischen Gründen misshandelt und verfolgt wurden oder Kontakt zu Zwangsarbeitern hatten und in der Haft starben oder sich nach brutalen Verhören durch die Gestapo aus Verzweiflung selbst töteten.

Auch den bislang noch nicht Genannten müsse „öffentlich" gedacht werden. Quelle kann mittlerweile die Todesdaten von 157 weiteren Personen belegen, unter ihnen 94 Zwangsarbeiterinnen sowie 34 Kinder von Zwangsarbeiterinnen und 26 Opfer der Euthanasiemorde. „Es gelte, auch diesen NS-Opfern ihre „Identität zurückzugeben und damit ihr Leid und das ihnen widerfahrene Unrecht anzuerkennen", mahnt Michael Quelle. Er wirbt weiterhin dafür, die Gedenkstele am Wilhadikirchhof durch weitere Gedenktafeln im Halbrund zu ergänzen – verbunden mit einer historischen Einordnung, mit den Namen und dem Alter der Opfer in alphabetischer Reihenfolge und einer Hinweistafel zu den benachbarten Orten der Repression. Dazu zählen das Stader Gefängnis und das Erbgesundheitsgericht.

In dem Gebäude hinter dem Landgericht inhaftierte die Gestapo mehrere 100 Menschen, bevor sie zum Teil in KZs deportiert wurden. Das Erbgesundheitsgericht ordnete mindestens 951 Zwangssterilisationen von Frauen und Männern an.

Er plädiert dafür, dass die erweiterte Gedenkstätte zum 75. Jahrestag des Endes der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft am 8. Mai 2020 vor der Kirche eingeweiht werden sollte. Zusätzlich sollten geschichtlich Interessierte mit ihrem Smartphone (QR-Code), PC oder über einen Touchscreen auf einer Datenbank weitere Informationen zur NS-Zeit – vom (Einzel-)Schicksal der 8500 Zwangsarbeiter und 1300 Kriegsgefangenen bis zur Euthanasie – im Kreis Stade aufrufen können. „Zweiklassengedenken" dürfe es nicht geben. In diesem Punkt wird Quelle von CDU, Grünen und Linken unterstützt. Er verweist auf die ukrainische Zwangsarbeiterin Polja Kuturaj (1924 — 1945). Der Name ihrer Tochter, sie verstarb im Alter von acht Monaten nach dem Transport der Mutter ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück im fremdvölkischen Kinderheim Nindorf an Unterversorgung, steht auf der Stele, der Name der Mutter nicht.

Von dem bislang von Bürgermeisterin Silvia Nieber (SPD) und ihrem Beirat um Stadtarchivleiterin Dr. Christina Deggim favorisierten Vorschlag eines Erinnerungsbuches statt Stelen-Erweiterung hält Quelle nichts.

Die Stele werde öffentlich wahrgenommen, das zeigten die Stadtrundgänge. Das NS-Unrecht müsse, gerade mit Blick auf das Erstarken der AfD, auch in Zukunft fest im öffentlichen Bewusstsein verankert bleiben.

Zu der Frage ‚Erinnerungsbuch oder Stelen-Erweiterung?' hat sich Nieber erst auf wiederholte Nachfrage gegenüber dem TAGEBLATT geäußert. Sie sei jetzt für „Stele und Erinnerungsbuch, aber der Ausschuss muss dies natürlich abschließend entscheiden". Die Stele mache das Gedenken an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft sichtbar „und ist gleichzeitig Mahnung, sich für unsere Demokratie einzusetzen". Am Erinnerungsbuch halte sie fest, zur Dokumentation, aber auch zum ruhigen Gedenken. Zweiklassen-Gedenken dürfe es nicht geben.

Ob der Ausschuss für Kultur, Tourismus und Freizeit sich allerdings bereits am 29. August mit dem Thema beschäftigen wird, sei offen. Möglicherweise müsse dieser Ausschuss „mangels ausreichenden Tagesordnungspunkten" verlegt werden, so Nieber.

Das sehen Linke und Grüne nicht so. Sie haben einen Sachstandsbericht beantragt und wollen, dass Quelle, immerhin Mitglied im Beirat der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, seine Recherchen vorstellt.

Lokalhistoriker Michael Quelle vor der Stele für die NS-Opfer auf dem Wilhadikirchhof in Stade. Foto Vasel

Kommentar

Opfern die Ehre zurückgeben

Von Björn Vasel

Es ist ein Trauerspiel: Mangels vermeintlich ausreichender Tagesordnungspunkte will Bürgermeisterin Silvia Nieber (SPD) das Thema „Gedenken an NS-Opfer" weiter auf die lange Bank schieben. Dabei hat Nieber mit ihrer Fixierung auf das Erinnerungsbuch die Aufarbeitung bereits monatelang verzögert. Deshalb ist fraglich, ob den mindestens 157 weiteren Opfern bereits zum 75. Jahrestag des Endes der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft am 8. Mai 2020 am Wilhadikirchhof gedacht werden kann. Das ist traurig für die Stadt und für die Bürgermeisterin.

Schließlich ist sie Mitglied einer Partei, die 1933 im Reichstag geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte und deren Mitglieder von den Nazis verfolgt wurden. Viele wurden hingerichtet. Damals rief der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels in der Berliner Kroll-Oper aus: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht."

Darum geht es. Auch die 157 weiteren Opfer von Zwangsarbeit, Euthanasie und politischer Verfolgung haben Respekt verdient. Erinnerung ist mehr als ein Verwaltungsakt. Deshalb muss Nieber jetzt das Thema zur Chefsache machen: Die Stadt sollte Historiker und Künstler mit der Erarbeitung einer Dokumentation und Entwurf einer erweiterten Gedenkstätte beauftragen, damit den Opfern zum 75. Jahrestag endlich die Identität und Würde, verbunden mit der Anerkennung des ihnen widerfahrenen Unrechts, zurückgegeben werden kann. Dieser Beschluss muss schnell fallen, damit er 2019 umgesetzt werden kann.

Grausames Ende einer Liebe in Zeiten des Krieges

Vor 75 Jahren musste Agnes Behr aus Immenbeck für ihre Liebe zu einem Kriegsgefangenen ins Zuchthaus – Filmabend zum Gedenken

Von Anping Richter

IMMENBECK / BUXTEHUDE. Im August 1943 wurden eine Frau und zwei Männer in Immenbeck zu Opfern des Nationalsozialismus. An ihr trauriges Schicksal erinnert der Rosa-Luxemburg-Club Niederelbe mit einem Filmabend und einer Diskussion im Kulturforum in Buxtehude.

Agnes Behr aus Immenbeck wurde im August 1943 zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie einen sowjetischen Kriegsgefangenen liebte. Was aus ihrem Geliebten wurde, ist bis heute nicht bekannt. Er dürfte zur Strafe für seine Beziehung zu einer Deutschen hingerichtet, mindestens aber in ein KZ gesteckt worden sein – die übliche Strafe für „fremdvölkische" Zwangsarbeiter bei solchen Vergehen.

Der Stader Michael Quelle, der sich seit Jahren dem Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus widmet, hat die Spur Agnes Behrs und ihres Umfelds verfolgt. Auf die Geschichte von Agnes Behr kam Quelle durch einen Bericht in der Ausgabe des Buxtehuder TAGEBLATTES vom August 1943. Dieses war bis März 1933 eine liberale Zeitung gewesen, inzwischen aber ein nationalsozialistisches Verlautbarungsorgan.

Landkreis Harburg

— Immenbeck, 20. Juni. Ehrloses Verhalten einer Frau. Eine Ehefrau wurde überführt, intimen Verkehr mit einem bolschewistischen Kriegsgefangenen, der auf dem Nachbarhof beschäftigt war, gehabt zu haben. Während die schamlose Frau ihr Verbrechen gleich eingestand, hat der Bolschewist sich zunächst herauszureden versucht. Die Frau wurde dem Bolschewisten gegenübergestellt. Nachdem ihr die Haare abgeschnitten waren, wurde sie abgeführt. Unsere nationalsozialistische Volksgemeinschaft ist aufgebaut auf den Gesetzen der Treue zum Volke, der Achtung des deutschen Blutes, der Ehre der deutschen Frau und Mutter. In solchen Fällen finden ehr- und schamlose Volksgenossen darum keine Gnade.

Ausriss aus dem Buxtehuder Tageblatt vom 21. Juni 1943.

Unter der Überschrift „Eine Verräterin ihres Volkes" wird vermeldet, dass die 35-jährige Agnes Behr aus Immenbeck überführt worden sei, eine intime Beziehung mit einem Kriegsgefangenen gehabt zu haben, der auf dem gleichen Hof arbeitete wie sie. Sie wurde verurteilt. Was ihrem Geliebten geschah, wird nicht berichtet.

Quelle recherchierte – und stieß auf Johann Puk, damals polnischer Zwangsarbeiter in Immenbeck. Denn er wurde in diesen Tagen, am 18. August 1943 von der Gestapo, nachweislich in der Nähe des ehemaligen Hotels Waldburg in Altkloster, hingerichtet. Als Todesort gab die Gestapo „Im Jagen 84" an. Im Sterbebuch der Stadt Buxtehude steht als Todesursache „Erstickungstod (Exekution). Auf Befehl des Reichsführers SS". Aufgrund der zeitlichen Nähe und der Ortsangabe vermutete Quelle zunächst, dass es sich bei dem Hingerichteten um den Geliebten von Agnes Behr handelte. Doch dann brachte ein Gespräch mit der Buxtehuder Hobby-Geschichtsforscherin Edeltraut Wendel ihn auf eine andere Fährte: In den Schriften des Freilichtmuseums Kiekeberg hat Michael Kreidner 2008 über Zwangsarbeitende im Landkreis Harburg, zu dem Immenbeck bis zur Gebietsreform gehörte, geschrieben und Behrs Geschichte aus Gerichtsakten des Sondergerichts Hannover rekonstruiert: Agnes Behr, eine geborene Cordes aus Kirchgellersen, war demnach Mitte 30, Hausfrau und unglücklich verheiratet mit einem Lehrer und SA-Mann, als sie Arkadi Kolesnikow kennenlernte. Damals half sie in Immenbeck auf einem Hof aus, wo er sowjetischer Zwangsarbeiter war. Kolesnikow soll recht gut Deutsch gesprochen haben. Die beiden freundeten sich an, dann wurde daraus ein Liebesverhältnis. Die Beziehung wurde entdeckt und angezeigt, das Paar festgenommen und Behr in Untersuchungshaft gebracht. Nachbarn müssen dem Paar hinterherspioniert haben, denn in der Akte steht sogar, in welcher Kleidung Agnes Behr ihren Geliebten kurz vor Pfingsten 1943 empfing. Behr gestand.

Zu ihrer Entschuldigung gab sie an, dass ihr Mann bei der SA viel in die politische Arbeit eingespannt sei, die Ehe unbefriedigend verlaufe und er sie „immer wie ein Kind behandelt und ihr keinen freien Willen gelassen" habe. Das Gericht erkannte dies nicht an. Behr musste ins Frauenzuchthaus Anrath bei Krefeld, wo sie als „Gestrauchelte" geführt wurde. Ein Rest von drei Monaten ihrer zweieinhalbjährigen Haftstrafe wurde ihr erst am 11. September 1945 von der Oberstaatsanwaltschaft Hannover erlassen.

Was aus Arkadi Kolesnikow wurde, erwähnen die Akten nicht. Auch nicht bekannt ist, weshalb Johann Puk hingerichtet wurde. Puks Grabstätte hat Michael Quelle dank eines gesponserten Recherchesemінars beim Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen gefunden. Das Grab befindet sich heute auf dem Ehrenhügel des Osterholzer Friedhofs in Bremen.

An Agnes Behr, Arkadi Kolesnikow und Johann Puk will der Rosa-Luxemburg-Club Niederelbe mit einer Veranstaltung am Montag, 20. August, um 19 Uhr im Kulturforum am Hafen in Buxtehude erinnern. Gezeigt wird zuerst die 45-minütige WDR-Doku „Für eine Liebe so bestraft" von Erika Fehse von 2000. Darin porträtiert sie Frauen wie Agnes Behr, eine von wahrscheinlich tausenden, die während der Zeit des Nationalsozialismus hinter den Mauern der Gefängnisse oder Konzentrationslager verschwanden, weil sie sich in einen Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangenen verliebt hatten. Im Anschluss an den Film freuen sich die Veranstalter, Katharina Saemann, die Tochter einer der porträtierten Frauen, zu begrüßen. Sie wird über das Schicksal ihrer Eltern berichten.